

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 3337

der Abgeordneten Ricarda Budke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Heiner Klemp (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drucksache 7/9172

Prüfung der Eignung von Business Improvement Districts

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Infrastruktur und Landesplanung die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Fragesteller: Ein Business Improvement District (BID) beschreibt einen räumlich begrenzten, meist innerstädtischen Bereich, in dem sich Grundeigentümer und Gewerbetreibende zusammenschließen, um das unmittelbare geschäftliche und städtische Umfeld zu verbessern. Ein BID wird auf Initiative der Grundeigentümer und Gewerbetreibenden vor Ort gegründet. Alle Grundeigentümer und Gewerbetreibenden sind zur Leistung einer BID-Abgabe verpflichtet, wenn eine festgesetzte Mehrheit, die den BID unterstützt, zustande kommt. Meist dürfen nicht mehr als 30 % der Gründung einer BID widersprechen.

Dieser Ansatz hat gegenüber Vereinen, die zum Zweck der Innenstadtentwicklung gegründet werden, den Vorteil, dass eine Mitwirkungspflicht besteht, sodass Trittbrettfahren verhindert wird. Diese verpflichtende Beteiligung schafft ein hohes Maß an finanzieller Sicherheit für das Projekt und damit die Möglichkeit, langfristige Maßnahmen umzusetzen. BIDs bieten ein großes Potential, um notwendige Investitionen und Maßnahmen zur Innenstadtentwicklung zu ermöglichen.

Die Idee von BIDs steht aber auch in der Kritik. Gerade für Innenstädte in weniger lukrativen Lagen mit hohen Leerständen, bieten BID nur bedingt eine Lösung. Damit ergriffene Maßnahmen wirkungsvoll sind, muss die wirtschaftliche Basis der ansässigen Grundeigentümer und Gewerbetreibenden ausreichend hoch sein. In der Folge besteht die Gefahr, dass unterschiedliche Quartiere mit unterschiedlicher hoher wirtschaftlicher Basis in Städten auseinanderdriften, da für Unternehmen außerhalb der BID deutliche Wettbewerbsnachteile entstehen. Zudem steht die Verpflichtung zur Mitwirkung in der Kritik, da gerade kleinere Geschäfte sich die BID-Abgabe nicht leisten können.

Zur Realisierung von BID ist eine landesrechtliche Grundlage erforderlich. Solche Gesetze gibt es in 10 der 16 Bundesländer (Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz). In Brandenburg enthält der aktuelle Koalitionsvertrag einen Prüfauftrag über die Eignung des Instrumentes BID für Brandenburg. Dort heißt es: „Wir prüfen die Anwendung des Instrumentes Business Improvement Districts‘ (BID) zur Revitalisierung und Aufwertung von historisch gewachsenen Geschäftslagen.“

1. Hat die Landesregierung eine solche Prüfung der Eignung des Instruments BID für Brandenburg durchgeführt?
 - a) Wenn nein, wieso nicht?
 - b) Wenn ja, zu welchem Ergebnis ist die Prüfung der Eignung des Instrumentes BID für Brandenburg gekommen?
2. Welche nächsten Schritte plant die Landesregierung bei diesem Vorhaben?

Die Fragen 1 bis 2 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet:

Im 2021 als gemeinsame Arbeitsplattform von Kammern, Verbänden und MIL gegründeten Bündnis für lebendige Innenstädte wurde der Prüfauftrag aus dem Koalitionsvertrag zur Eignung des Instrumentes Business Improvement Districts (BID) für Brandenburg aufgegriffen. Unter den Bündnispartnern bestand Einvernehmen, dass ein Landesgesetz, welches BID auf der Grundlage des § 171 f Baugesetzbuch (BauGB) ermöglichen würde, im Fall eines belastbaren kommunalen Bedarfs an diesem Instrument erarbeitet werden solle. Dies wurde im Ergebnis einer im Frühjahr 2023 durchgeführten Fachtagung an die Kommunen übermittelt. Die Städte Brandenburg an der Havel und Neuruppin haben sich daraufhin bereit erklärt, Voruntersuchungen zum Bedarf für den Einsatz des Instruments BID durchzuführen. Das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung begleitet und unterstützt die kommunalen Untersuchungen in den beiden Städten mit jeweils zwei Werkstattveranstaltungen im Jahr 2024. Die kommunalen Untersuchungen und die begleitenden Werkstattveranstaltungen werden im Jahresverlauf 2024 durchgeführt. Ein Ergebnis im Sinne einer kommunalen Willensbildung ist erst nach Auswertung der Untersuchungen zu erwarten. Somit können derzeit noch keine Aussagen zum Bedarf für ein Brandenburger BID-Gesetz auf der Grundlage des § 171 f BauGB getroffen werden.

3. Wurden weitere Instrumente in Erwägung gezogen, die mehr lokale Bedürfnisse und Ressourcen berücksichtigt? Wenn ja, welche.

Zu Frage 3: Die landesseitige Begleitung der kommunalen Voruntersuchungen durch Werkstattveranstaltungen ist so angelegt, dass gegebenenfalls auch Alternativen zum Einsatz des Instruments BID erörtert werden können, im Sinne eines bestmöglichen Ergebnisses für die Innenstadtentwicklung in den beteiligten Städten. Darüber hinaus werden im Rahmen des landesweiten Bündnisses für lebendige Innenstädte weitere Instrumente diskutiert, die der Innenstadtkärnung dienen. Nicht zuletzt tragen die Förderprogramme der Städtebauförderung und der Nachhaltigen Stadtentwicklung unmittelbar dazu bei, die Kommunen bei der Stärkung der Innenstädte im Sinne der zur Revitalisierung und Aufwertung von historisch gewachsenen Geschäftslagen zu unterstützen.

4. Welche Rolle spielt Nachhaltigkeit bei der Ausgestaltung von BID aus Sicht der Landesregierung?

Zu Frage 4: Die Stabilisierung und Aufwertung der historisch gewachsenen Geschäftslagen in den Brandenburger Städten und Gemeinden folgt den Grundsätzen der nachhaltigen Stadtentwicklung. Innenstädte und Ortskerne sind mit ihrer meist kleinteilig gemischten Nutzungsstruktur nicht nur Standorte zentraler Funktionen, sondern auch wichtige, unverwechselbare Orte der Identifikation und des kommunalen Selbstverständnisses.

Hier befindet sich ein erheblicher Teil der denkmalgeschützten und sonstigen besonders erhaltenswerten Bausubstanz, deren Bewahrung und Weiterentwicklung auch unter energetischen Gesichtspunkten eine hohe Bedeutung hat. Nicht zuletzt sind die Innenstädte aufgrund ihrer Lage und Bebauungsdichte wichtige Elemente für das Leitbild einer „Stadt der kurzen Wege“. Ihre weitere Entwicklung hat auch mit Blick auf Klimaschutz und Klimaanpassung eine besondere Priorität,

Alle Instrumente, die zur Stärkung und zur Lebendigkeit der Innenstädte beitragen, können einen Beitrag zur nachhaltigen Stadtentwicklung leisten. Die konkrete Ausgestaltung von Maßnahmen obliegt dabei den Kommunen im Rahmen ihrer Selbstverwaltungshoheit, unabhängig von der Wahl des Finanzierungsinstruments.